

II-11737 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5865/J

1990-07-02

A N F R A G E

der Abgeordneten Probst, Apfelbeck
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Insulintherapie

Die österreichische Ärztekammer hat im Zuge ihrer Vorsorge- und Aufklärungsaktion "Schwerpunkt Diabetes" darauf hingewiesen, daß Diabetiker von Typ 1 eine lebenslange Insulinbehandlung brauchen, die nur gelingt, wenn der ständig wechselnde Insulinbedarf adäquat gedeckt ist. Fehler, wie mangelhafte Selbstkontrolle, Diätfehler und fixe Insulindosen, führen erneut zu Schwankungen des Blutzuckerspiegels und Gefährdung des Behandlungszieles. Für diese Diabetiker wurde neu die Basis-Bolus-Insulintherapie (auch funktionelle oder NIS-Therapie genannt) entwickelt, bei der Essensmengen und -zeiten frei gewählt werden können, jedoch eine viermal tägliche Blutzuckerkontrolle und eine Insulininjektion vor jeder Mahlzeit erforderlich sind. Diese Methode erfordert eine entsprechend umfangreiche Einschulung der Patienten, die von den Krankenkassen derzeit nicht finanziert wird.

Der Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst hat auf Anfrage mitgeteilt, daß er über keine Unterlagen hinsichtlich Kosten und Nutzen der NIS-Therapie im Vergleich mit der bisherigen Insulintherapie verfüge und auch hinsichtlich der Kostentragung nicht informiert und unzuständig sei.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

1) Verfügt Ihr Ressort über Unterlagen, die eine herkömmliche

Insulintherapie mit der NIS-Therapie hinsichtlich Kosten und Nutzen vergleichen?

- 2) Wenn nein, verfügen die Sozialversicherungsträger über derartige Daten und stellen Sie diese als Aufsichtsbehörde zur Verfügung?
- 3) Werden die Einschulungskosten von der Krankenversicherung getragen; wenn nein, warum nicht?
- 4) Werden Sie sich gegenüber dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger dafür einsetzen, daß die Finanzierung der Einschulung übernommen wird?